

Deutsch-Chinesische Nachrichten

Deutsche Tageszeitung

德華日報
Eingetragen als Zeitung
auf dem Chines. Postamt.

報
報之立併特郵中
報券號雅政華

Motto:

Ohne Rücksicht auf Parteien
Treu der alten Heimat und der neuen.

3. Jahrgang

Tientsin, Freitag, den 16. Dezember 1932.

Nummer 678

Zu dem Rücktritt der Regierung Herriot.

Die französische und ausländische Presse. Wer wird Herriots Nachfolger? Was wird Amerika tun?

Paris, den 15. Dez. (Havas). Man ist hier allgemein der Ansicht, dass die Abgeordneten-Kammer durch ihr gestriges Misstrauensvotum die fast einmütige Ansicht des französischen Volkes ausgesprochen hat, das, um Herriots eigene Worte zu gebrauchen „in seinem Gerechtigkeitsinn empört ist“ über die seltsame Einstellung der Vereinigten Staaten, nachdem Frankreich, meistens auf Anregung von Amerika, soviel Opfer gebracht hat.

Paris, den 15. Dez. (Havas). Gestern Abend um 6,15 Uhr hat Herriot dem Präsidenten der französischen Republik sein Rücktrittsgesuch eingereicht.

Lebrun hat das Gesuch angenommen und dankte Herriot und seiner Regierung für die Frankreich geleisteten Dienste. Er bat ihn die Staatsgeschäfte einstweilen weiterzuführen.

Paris, den 15. Dez. (Havas). Präsident Lebrun begann gestern Abend um 9 Uhr mit den Verhandlungen zwecks Bildung einer neuen Regierung und hat dazu wie üblich zunächst die Präsidenten des Senats und der Abgeordneten-Kammer sowie die Vorstände des Finanz- und auswärtigen Ausschusses beider Kammern eingeladen.

In amtlichen Kreisen herrscht die Meinung vor, dass Herriot aufgefordert werden wird, eine neue Regierung zu bilden, da Frankreichs Interessen in der kritischen Zeit von keinem besser als von Herriot vertreten worden sind. Ob Herriot aber die Aufgabe der Regierungsbildung übernehmen wird, scheint sehr zweifelhaft.

London, den 15. Dez. (Havas). Der Sturz der Herriot Regierung hat hier grosse Bestürzung hervorgerufen.

Die gestrige Debatte in der französischen Kammer ist mit grossem Interesse verfolgt worden, aber die Presse hält sich sehr zurück, da es sich um die innere Politik einer auswärtigen Macht handelt. Die Zeitungen sprechen nur ihr Bedauern darüber aus, dass die gestrigen Vorgänge beiden Staaten — Frankreich und England — die Möglichkeit zu einem gemeinsamen Vorgehen in der Kriegsschuldenfrage nehmen.

Paris, den 15. Dez. (Havas). Herriot versuchte heute Morgen noch einmal die Kammer davon zu überzeugen, dass die Zahlungsverweigerung „Für Frankreich eine grosse Gefahr bedeute.“

Er fand die Unterstützung der Radikalsozialisten, welche erklärten, dass sich Frankreich auf diese Weise in seiner Politik Amerika gegenüber isoliere.

Der Führer der linken Republikaner, Pietri, trat ebenfalls der Ansicht der Regierung bei. Er sagte, das einzige Argument für die Zahlungsverweigerung sei das Hoover Moratorium, wodurch die bestehenden Abkommen seinerzeit verletzt worden seien.

Paris, den 15. Dez. (Havas). Lebrun führte gestern den ganzen Tag Verhandlungen mit den verschiedenen Parteiführern. Bisher ist noch keine Entscheidung gefallen.

Daladier, der bisherige Minister für Öffentliche Arbeiten, wird als aussichtsreicher Kandidat und möglicher Nachfolger Herriots genannt, während andere für Herriots Rückkehr eintreten.

Leon Blum sagte z. Bsp. dass es tapfer sei, wenn Herriot die Zügel der Regierung wieder in die Hand nehme.

Wiedereinsetzung der Regierung Braun.

Berlin, den 15. Dez. (Havas). Es werden hier unerwarteterweise Verhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Deutschnationalen zwecks Bildung einer neuen preussischen Regierung auf nationaler Basis geführt.

Der nationalsozialistische Sprecher im Preussischen Landtag hat erklärt, dass seine Partei zur Mitarbeit bereit sei, um eine breitere Basis für die Wahl des preussischen Ministerpräsidenten zu bilden.

Berlin, den 15. Dez. (Havas). Der Preussische Landtag genehmigte gestern mit 142 gegen 27 Stimmen den Antrag auf Wiedereinsetzung der Regierung Braun in ihre alten Rechte.

Der Antrag wurde von den Sozialisten, den Demokraten und dem Zentrum unterstützt. Die Deutschnationalen stimmten dagegen, während die Nationalsozialisten und die Kommunisten sich der Abstimmung enthielten.

Die Reichsregierung tagt.

Berlin, den 15. Dez. (Havas). Gestern hielt die Reichsregierung eine Sitzung ab, um über den Bericht

Der ehemalige Erstminister Tardieu hatte mit dem französischen Präsidenten eine längere Unterredung und erklärte anschliessend, dass das neue Kabinett dieselbe Politik verfolgen müsse wie das bisherige, mit Ausnahme in der Kriegsschuldenfrage.

Herriot hat bereits bekannt gegeben, dass er die Regierungsbildung ablehnen werde, falls ihm ein solcher Auftrag zugehen sollte.

Paris, den 15. Dez. (Havas). Die Zeitungen weisen ausdrücklich darauf hin, dass die gestrige Abstimmung keine persönliche Spitze gegen Herriot sondern nur eine Frage der Zahlung der Kriegsschulden gewesen sei.

Da bisher noch keine Nachrichten darüber vorliegen, welchen Eindruck die Zahlungsverweigerung und der Regierungsrücktritt in Amerika gemacht haben, übt auch die Presse vorläufig noch Zurückhaltung.

„Le Temps“ schreibt, die Kammer wolle durch ihre Entscheidung klarmachen, dass sich die Lage von Grund auf geändert habe, und dass an der Entscheidung festgehalten werde, selbst auf die Gefahr hin, dass sich die allgemeine Weltkrise verschärfe. Die Schuldverpflichtungen haben ihre Gültigkeit verloren, und es bedarf neuer Verhandlungen.

„Le Journal des Debats“ sagt, dass weder das Volk noch des Parlament an Amerika zahlen werde, da Amerika es gewesen sei, das Frankreich daran gehindert habe, seine Forderungen von Deutschland einzutreiben. Es war notwendig, dass ein klares „Nein“ gesagt wurde.

Ausländische Zeitungen messen dem Regierungsturz eine grosse Rückwirkung auf die Weltlage bei.

In England wird die Haltung der französischen Kammer besonders von den Liberalen anerkannt. Wenn man auch in England nicht so rigoros auf die Annullierung der Kriegsschulden drängt, so hat man doch eine Prüfung des ganzen Problems verlangt. Die Beziehungen zwischen Frankreich und England werden durch die Vorgänge in Frankreich nicht berührt.

Rom, den 15. Dez. (Havas). In Rom ist man der Meinung, dass die Zahlungsverweigerung, wenn auch nicht für Frankreich, so doch für die anderen Schuldnerstaaten günstige Folgen haben werde.

Washington, den 15. Dez. (Havas). Der französische Botschafter in Washington hat gestern Nachmittag dem Staatssekretär Stimson die französische Note überreicht und ihn wissen lassen, dass seine Regierung nicht gewillt sei, mit Amerika über die Kriegsschuldenfrage zu verhandeln.

New York, den 15. Dez. (Havas). Die New Yorker Presse ist durchweg mit dem Gang der Handlung zufrieden und zeigt überraschend viel Verständnis für die Lage in Frankreich, wengleich sie zugibt, dass das Vorgehen der französischen Kammer ein Fehler gewesen sei.

Die New York Evening Post, das Wallstreet Organ, schreibt: „Es gibt noch andere Regierungen, die ebenso dumm sind wie die unsrige.“ Unser Kongress ist so dumm, dass er es ablehnt seine Schuldner anzuhören, und das französische Parlament ist so dumm, dass es Frankreich einen „ehrsamen Fehler“ begehen lässt.

des Aussenministers v. Neurath betr. des in Genf erreichten Übereinkommens und der Rückkehr Deutschlands in die Abrüstungskonferenz sowie über die Frage der Gleichberechtigung zu verhandeln. Alle Regierungsmitglieder haben ihre Zustimmung zu dem Bericht gegeben.

Anschliessend wurde über das Problem der Arbeitslosigkeit verhandelt, und es wurde beschlossen, eine Summe von 1 500 000 000 Reichsmark für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zur Verfügung zu stellen.

Der englisch-persische Oelkonflikt vor dem Völkerbund.

Genf, den 14. Dez. (T. O. A.). Der englisch-persische Oelkonflikt ist dem Völkerbundsrat von Sir John Simon mit der Bitte vorgebracht worden, in dieser Angelegenheit möglichst bald eine Entscheidung zu fällen.

Auch von der Persischen Regierung erwartet man in Kürze einen ähnlichen Schritt. Der persische Gesandte in Bern hat heute von seiner Regierung Anweisung erhalten, sich an den Völkerbund zu wenden, wenn man auch noch nicht weiss, welchen Standpunkt die Teheran Regierung einnehmen wird.

Das Reich der Deutschen

Von

Dr. Richard Korherr, München

(Fortsetzung von Nr. 677)

II.

Preussen muss sein

Der Staat Preussen wird von zwei Seiten bestürmt: das Ziel ist jedesmal der Untergang Preussens. Die von unitarischer Seite empfohlene Realunion zwischen Reich und Preussen würde das Verschwinden Preussens als Staat zur Folge haben. Aber auch von föderalistischer Seite droht ihm Gefahr. Es wird nämlich von Vertretern eines idealen Neugliederungsföderalismus der einer föderalistischen Möglichkeit (Lösung des Reichs-Preussenproblems durch Personalunion an der Spitze) der andere föderalistische Vorschlag der Aufteilung Preussens entgegengesetzt. Sie wollen ein Reich, das aus nicht allzu ungleichen, nach Stammesart, nach früheren Staatsgebilden und nach Massgabe des Willens der beteiligten Bevölkerung zusammengefassten Ländern besteht. Vom Standpunkt eines idealen Föderalismus gesehen vermag ich diesen Gedankengängen durchaus zu folgen. Ein nach Grösse der Bundesglieder ausgeglicheneres Reich wäre abstrakt-ideenmässig schöner. Aber würde einem solchen Reich nicht gerade die geschichtliche Entwicklung entgegenstehen, die nicht etwa nur ein Zufallsergebnis dynastischer Zänkereien ist — das deutsche Volk ist nebenbei ein dynastisches Volk — sondern aus dem ganzen deutschen Wesen mit seinem Hang zur Vereinzelung, aber auch aus landschaftlichen, kulturellen, völkischen und sonstigen Wirklichkeiten geboren ist? Man muss den Kampf Deutscher gegen Deutsche, die deutsche Zwergstaaterei vergangener Jahrhunderte als deutscher Eigenart entspringend zu verstehen suchen, dann wird man vor Eingriffen in ein Staatsgebilde wie etwa den preussischen Staat oder die norddeutschen Kleinstaaten, die doch alle auch ein Ausdruck des wirklichen deutschen Seins und nicht etwa abstrakte Gebilde sind, etwas zurückbeben, weil man deutsches Sein und deutsches Wesen mit zerstören könnte. Man kommt heute mit allen föderalistischen Neugliederungsvorschlägen gegen seinen Willen in die Gefahr, den volksfremden, mechanistischen Plänen neudeutscher Reichskonstruktoren (etwa vom Schlage Weitzels) in die Hand zu arbeiten. Wenn ich daher bei aller Anerkennung der aus dem norddeutschen Neugliederungsvorschlägen sprechenden föderalistischen Gesinnung zu anderen Ergebnissen komme, so in der Erkenntnis, dass eben vor den realen Wirklichkeiten die ideellen Hoffnungen und Wünsche zurückzutreten haben. Die Tatsachen entscheiden. Sie sagen, dass es nirgends in der Welt einen wahrhaft idealen Föderativstaat noch gegeben hat und wohl je geben wird, soweit man die Grösse der Bundesglieder im Auge hat, weil eben alles geschichtlich gewachsen ist. Der grösste Staat der Union ist an Fläche 213mal grösser als der kleinste, der volkreichste 138mal volkreicher; der einzige New-Yorker Stadtteil Brooklyn hat mehr Einwohner als 31 Staaten der Union. In Brasilien haben die drei grössten Staaten zusammen mehr Einwohner als die 17 übrigen zusammen. In der Schweiz ist der an Fläche grösste Kanton annähernd 200mal grösser als der kleinste, der bevölkerteste 48mal volkreicher. Und in Australien macht der grösste von den sechs Gliedstaaten allein zwei Fünftel der Gesamtbevölkerung des Bundes aus!

Die Tatsachen sagen aber auch, dass ein hegemoniales Föderativreich unter Führung des Grossstaats Preussens für Deutschland notwendig ist und aus realpolitischen Gründen für Deutschland und zwar nur für Deutschland der hegemoniale Föderalismus durchaus auch ideell gerechtfertigt und als „wahrer“ Föderalismus bezeichnet werden kann. Ich möchte das Bekenntnis zu diesem Föderalismus und zu diesem von Preussen geführten Reich in dem Ausspruch zusammenfassen! Preussen muss sein um Deutschlands, um seiner selbst und um des deutschen Südens willen!

Preussen muss sein um Deutschlands willen: Im luftleeren Raum ist Föderalismus dann „wahr“ und „echt“ und „unverfälscht“, wenn die Glieder des Ganzen sich vollkommen gleichen; im luftgefüllten Raum, wenn die Glieder einander einigermassen gleich sind; und im Herzen Europas, zwischen dem waffenstarken Frankreich im Westen und seinen Vasallen im Osten, wenn Preussen leht! Der preussische Staat ist die grosse Klammer zwischen dem städterischen und grossindustriellen Westen und dem agrarischen Osten